

Nadelstich gegen die Bundesstadt

Mittel für Bausanierung des Bundes in Region Bonn gesperrt

BONN/BERLIN. Es ist nur ein weiterer Nadelstich, aber er zeigt: Die Befürworter eines Komplettumzugs der Regierung nach Berlin arbeiten weiter. Im Konjunkturpaket II sind auch Geldmittel zur Gebäudesanierung, 500 Millionen Euro umfasst der Topf, die Hälfte ist für zivile Bundesbauten gedacht. Der Haushaltsausschuss des Bundestags hat nun durch Sperrvermerk vorläufig verhindert, dass Mittel auch der Region Bonn zugute kommen.

Gegner des Bonn-Berlin-Gesetzes fürchten, der Bund könne durch Modernisierung oder Neubau den Standort Bonn attraktiv halten und so die Hürden für den Komplettumzug erhöhen. CDU-Haushälter Ole Schröder: „Wir wollen verhindern, dass Geld in Einheiten fließt, die langfristig ohnehin nach Berlin kommen.“ Es gibt auch eine dezentere Fassung: Die Haushälter wollten nur „sicherstellen“, dass nicht Maßnahmen er-

möglicht werden, die der Ausschuss abgelehnt hat.

Tatsächlich gibt es keine detaillierte Liste mit Bau- oder Umbauabsichten des Bundes in der Region – ebensowenig wie für andere Regionen. Warum aber sollten Mittel für das BKA in Wiesbaden kein Stein des Anstoßes sein, wohl aber die für das BKA Meckenheim?

Unionsfraktionsvize Wolfgang Bosbach aus Bergisch Gladbach: „Wenn das ein Signal dafür ist, dass der Bund nicht mehr in Bonn investiert, weil er nicht mehr am Standort festhalten will, dann widerspricht das eindeutig dem Geist des Bonn-Berlin-Gesetzes.“

Die Bonner Abgeordneten Ulrich Kelber (SPD) und Stephan Eisel (CDU) sprechen von „der unbelehrbaren kleinen Berlin-Lobby im Haushaltsausschuss“. Deren Vorgehen sei „inakzeptabel“. Es würde aber nichts daran ändern, dass „die Mittel wie vorgesehen fließen werden“. (nw)